

Christian Calderone



Newsletter aus unserem Bundesland, unseren Landkreisen und unseren Städten und Gemeinden



VEREHRTE LESERIN,
VEREHRTER LESER!

bereits rund ein halbes Jahr vergangen sind die letzten Landtagswahlen in Niedersachsen.

Seitdem gab es viele Entscheidungen, die sich negativ auf den ländlichen Raum auswirken. Zuvorderst ist hier die Schließung des „Marienhospitals Ankum-Bersenbrück“ durch den Niels-Stensen-Klinikenkonzern zu nennen. Das ist eine Entscheidung gegen die medizinische Versorgungssicherheit in unserer Region. Wesentliche Punkte dazu werden wir im nächsten Newsletter aufarbeiten und darstellen.

Und da gibt es die Bekräftigung der Koalitionspartner auf Niedersachsebene – SPD und Bündnis 90/Die Grünen – an der Abschaffung der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen festzuhalten. Das schadet der Wahlfreiheit von Eltern und Kindern und ist insbesondere eine negative Entscheidung für den ländlichen Raum, weil es dort weniger weitere Fördermöglichkeiten gibt, als in den urbanen Räumen.

Auf der anderen Seite sehen wir Schlüssel, die regenerative Energieerzeugung durch Windkraft- und Flächenfotovoltaikanlagen zu erhöhen. Dies betrifft insbesondere den Raum, weil dort die Anlagen entstehen werden. Und es gibt die fortgesetzte Verweigerungshaltung der linken Koalitionen in Land und Bund, die Wolfsproblematik durch die Tötung von aggressiven Wölfen (ohne Bestandsgefährdung) zu entschärfen.

Schon diese vier Schlaglichter zeigen: Der ländliche Raum ist aktuell in einer schwierigen Situation und wird mehrfach bedrängt! Während Infrastruktur abgezogen oder zentralisiert wird, werden Belastungen erhöht oder nicht beseitigt.

Um so wichtiger ist es, die Belange des ländlichen Raumes im Land, im Bund und auf europäischer Ebene zu platzieren.

Herzliche Grüße

Ihr *Christian Calderone*

Christian Calderone

Stellungnahme von Christian Calderone zur beabsichtigten Umstrukturierung am Standort des „Marienhospital Ankum-Bersenbrück“:

„Die durch den Krankenhauskonzern Niels-Stensen-Kliniken (NSK) angekündigte Umwandlung des „Marienhospitals Ankum-Bersenbrück“ in ein „Regionales Gesundheitszentrum“ ist ein schwerer Schlag für die medizinische Versorgung in unserer Region. Ich betrachte diese unternehmerische Entscheidung der NSK mit großer Sorge!

Nach den aktuellen Planungen sollen weiterhin Medizin und Pflege am Standort Ankum stattfinden. Das zumindest ist gut und zwingend notwendig.

Das Beispiel der Schließung des Krankenhauses Dissen im Landkreis Osnabrück zeigt aber auch, dass der Wegfall bestehender Strukturen nicht einfach durch benachbarte Standorte kompensierbar ist. Deshalb gilt es von Seiten des Landkreises, des Landes und des Trägers vorab wesentliche Fragen für die medizinische Versorgungssicherheit der Menschen in unserer Region zu klären:

1. Sollten die Pläne wie vorgesehen umgesetzt werden, muss die Versorgungssicherheit für gynäkologische und geburtshilfliche Behandlungen sichergestellt sein. Ein „weißer Fleck“ zwischen dann Quakenbrück und Osnabrück als Krankenhausstandorte mit gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilungen ist nicht hinnehmbar.

2. Sollten die Pläne wie vorgesehen umgesetzt werden, ist die Aufrechterhaltung der Rettungswache und des Notarztstandortes Ankum zwingend, um die Versorgung im akuten Krankheitsfall in der Altkreismitte sicher, schnell und auf einem hohen qualitativen Niveau weiter zu gewährleisten. Notfalls muss der Landkreis als zuständiger Träger mit eigenen Mitteln den Notarztstandort erhalten.

3. Sollten die Pläne wie vorgesehen umgesetzt werden, braucht es ein krisenfestes Szenario, wie die umliegenden Notaufnahmen die veränderten Patientenströme sicher und zeitnah aufnehmen und adäquat medizinisch versorgen können. Diese befinden sich aktuell bereits an der Belastungsgrenze und werden mitunter sogar abgemeldet, weil Bettenkapazität und Pflegepersonal fehlen. Das Beispiel des geschlossenen Krankenhauses Dissen zeigt auch, dass insbesondere im Bereich der Notaufnahmen schwerwiegende und medizinisch nicht verantwortbare Engpässe entstehen können.

Es darf ebenfalls nicht unberücksichtigt bleiben, dass das Krankenhaus der größte Arbeitgeber in der Gemeinde Ankum ist. Sollten die Pläne wie vorgesehen umgesetzt werden, erwarte ich persönlich aber auch meine Partei von einem katholischen Trägerkonzern, dass nicht ein schlichter Sozialplan erstellt wird, sondern dass der Träger seiner besonderen Verantwortung als christlicher Unternehmer durch besondere Anstrengungen gerecht wird.“

Foto: Tobias Koch



Offener Brief vom 07. Dezember 2022 von Christian Calderone MdL an (die dann noch amtierende) Frau Gesundheitsministerin Daniela Behrens zum Erhalt des „Marienhospital Ankum-Bersenbrück“

Sehr geehrte Frau Gesundheitsministerin Behrens,

ich wende mich heute mit diesem „Offenen Brief“ an Sie in großer Sorge über die Zukunft der medizinischen Versorgung im Altkreis Bersenbrück. Der Krankenhauskonzern des Bistums Osnabrück „Niels-Stensen-Kliniken“ hat seine Pläne veröffentlicht, das „Marienhospital Ankum-Bersenbrück“ schließen zu wollen.

Zuletzt im Zuge der Corona-Pandemie wurde gesellschaftlich diskutiert, wie wichtig die stationäre Versorgung auch auf dem Land medizinisch ist. Es wurde hervorgehoben, dass es gerade in Krisenzeiten wichtig ist, hinreichend Bettenkapazitäten in einer dezentralen Struktur vorzuhalten. Hinsichtlich der Anzahl von Betten und Krankenhausstandorten dürfe nicht vom Bedarf im Normalfall, sondern müsse vom Bedarf in Krisenzeiten geplant und gedacht werden.

Doch der Bedarf ist schon in Normalzeiten vorhanden für ein Krankenhaus in der Mitte des Altkreises Bersenbrück, welches zentraler stationärer Anlaufpunkt für die Samtgemeinde Bersenbrück, die Samtgemeinde Fürstenau und die Samtgemeinde Neuenkirchen ist, mithin also für über 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Dies verdeutlicht bereits eine Zahl: Jährlich werden 14.000 Patientinnen und Patienten in der Notaufnahme des Krankenhauses versorgt.

Deutlich verschlechtern werden sich durch die Schließung auch die Zeiten, in denen Patientinnen und Patienten mit dem Rettungsdienst eine stationäre medizinische Versorgung erreichen werden. Bereits heute hat Niedersachsen die bundesweit schlechtesten Hilfsfristen auch im Vergleich der Flächenländer. Zukünftig wird der Rettungsdienst in unserer Region deutlich länger unterwegs sein, um eine nicht geschlossene Notaufnahme im Notfall erreichen zu können.

Die Notaufnahme ist bereits heute ein nicht wegzudenkender, relevanter medizinischer Versorgungspunkt in unserem Raum, in dem sich – wie bundesweit – Notaufnahmen aus Überlastung, Bettenmangel oder Personalmangel regelmäßig von der Notfallversorgung abmelden. Und diese Notaufnahme wird in Zukunft wichtiger, weil der allgemeine Ärztemangel sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten insbesondere im ländlichen Raum massiv negativ niederschlagen wird und die Einwohnerinnen und Einwohner deswegen eine zuverlässig geöffnete und qualitativ hochwertige medizinische Anlaufstelle 24/7 noch mehr benötigen als aktuell.

Im Zuge der Schließungsdiskussion hat sich nicht zuletzt die „Ärztekammer Niedersachsen“ für den Erhalt des „Marienhospitals Ankum-Bersenbrück“ öffentlich eingesetzt. Die Mitarbeitervertretung (MAV) weist in einer sehr konstruktiven Weise hin auf die Bedeutung des Krankenhauses als Einrichtung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum unserer Region, aber auch als größter Arbeitgeber in der Gemeinde Ankum – zwei Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch die geplante Schließung ihren Arbeitsplatz verlieren. Eine Online-Petition hat innerhalb weniger Wochen rund 20.000 Unterschriften erhalten. Dies und die größte Demonstration in der Geschichte der Gemeinde Ankum zeigen eindrucksvoll, dass die Bevölkerung hinter diesem Krankenhaus steht. Kommunale Räte haben Resolutionen zum Erhalt des Krankenhauses verabschiedet.

Nicht zuletzt ist das Krankenhaus auch in unserer älter werdenden Gesellschaft ein niedrigschwelliger und familiärer Anlaufpunkt. Es ist für die Angehörigen gut erreichbar, die Patientinnen und Patienten sind in Ankum „Person“.

Das durch den Krankenhauskonzern als Ersatz angekündigte regionale Gesundheitszentrum kann

Unser Bundesland

diese zuverlässige Versorgungssicherheit des Ankumer Krankenhauses in keiner Weise kompensieren. Auch im ländlichen Raum ist eine stationäre Grundversorgung mit einer Notfallmedizin nötig. Eine ambulante Tagesklinik ist dafür keinen Ersatz!

Die unternehmerischen Pläne des Konzerns sind auch deswegen zu hinterfragen, weil das „Marienhospital Ankum-Bersenbrück“ nicht das einzige Haus mit einem diesjährigen Defizit im Konzern ist. Die betriebswirtschaftlich angespannte Lage an allen Klinikstandorten des Konzerns führt aber nur in Ankum zu einer kompletten Zerstörung der stationären Versorgung. Und die Entscheidung der Konzernleitung ist zu kritisch zu bewerten, weil aktuell und vor dem Hintergrund eines umfassenden allgemeinen Kostendrucks in der stationären Medizin auf der zuständigen Bundesebene ja bereits diskutiert wird, die Vergütungsstrukturen umzubauen und insbesondere auch die Vorhaltekosten der Krankenhäuser besser auszugleichen.

Eine „Jahrhundertentscheidung“ zu Lasten des Krankenhauses in Ankum vor dem Hintergrund der zusätzlichen Ausnahmesituation der Energiepreiserhöhung und der auch in der aktuellen Corona-Lage geringeren Patientenzahlen zu treffen, ist aus meiner Sicht verantwortungslos, nicht zukunftsgerichtet und nahezu panisch. Da nunmehr bundespolitisch diskutiert wird, eine Zusatzunterstützung zu realisieren, gilt es, diese Diskussion abzuwarten (und aus Niedersachsen mit eben dieser Forderung nach mehr Geld für Vorhaltekosten stationärer Einrichtungen im ländlichen Raum zu begleiten).

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie sind die einzige, die die Schließung des Krankenhauses in Ankum stoppen kann. Der Krankenhausplanungsausschuss, der von Ihrem Ministerium als Organ der Exekutive einberufen wird und nicht durch den Landtag begleitet werden kann, darf den Plänen der Niels-Stensen-Kliniken nicht zustimmen. Und Sie als Ministerin können nicht unbewegt zuschauen, wie das Elend im Altkreis Bersenbrück seinen Lauf nimmt. Es bedarf in der Altkreismitte einer stationären Einrichtung, die an der Notfallversorgung teilnimmt. Eine auch gut laufende Tagesklinik – ob diese gut laufen wird, muss sich im Übrigen

nach vielen gescheiterten Umstrukturierungsversuchen am Standort Ankum noch erweisen – kann diese nicht kompensieren. Nicht zuletzt muss die Notfallversorgung im ländlichen Raum aufrecht erhalten werden, um die großen medizinischen Zentren zu entlasten. Es bedarf in Ankum auch weiterhin eines Krankenhauses der Grundversorgung als stationären Versorger mit 24-Stunden-Betreuung mit Notaufnahme, Notfallteam vor Ort und Verlegekapazitäten über den Hubschrauberlandeplatz mit der Möglichkeit der schnellen Verlegung.

Ich bitte deswegen um Unterstützung, ein Moratorium auszurufen und einen „Runden Tisch“ mit medizinischen Vertretern aus der Region über die Niels-Stensen-Kliniken hinaus einzuberufen. Die bürgerschaftlich und damit öffentlich wichtige Entscheidung der stationären Versorgung in der Mitte des Altkreises Bersenbrück kann nicht aus einer rein betriebswirtschaftlichen Perspektive eines in wirtschaftliche Schwierigkeit geratenen Krankenhausverbundes einsam getroffen werden, sondern muss breit getragen werden. Nicht zuletzt müssen die tatsächlichen Fristen bis zu Erreichung einer stationären Einrichtung unter Schließung der umliegenden Notaufnahmen, die prognostizierte hausärztliche und fachärztliche Versorgung im Raum in den nächsten Jahrzehnten vor dem Hintergrund des Ärztemangels und die demographische Entwicklung der Bevölkerung in den Blick genommen werden. Dazu braucht es Zeit und keiner schlichten Bestätigung der Ziele des Klinik Konzerns durch das Gesundheitsministerium.

Das Marienhospital hat die Menschen in der Region immer stolz gemacht! Das soll und muss auch in Zukunft so sein!

Deswegen bitte ich Sie, sich für den Erhalt einer stationären Versorgung in Ankum politisch einzusetzen. Nur Sie haben die Möglichkeit, die Schließung des Krankenhauses in Ankum durch den Niels-Stensen-Konzern zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Calderone

Christian Calderone: Kultusministerin muss Worten Taten folgen lassen – Bundesprogramm „Sprach-Kitas“: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ muss auch hier in der Region fortgesetzt und finanziell abgesichert werden



Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat in den vergangenen Monaten wiederholt kritisiert, dass das grüne Bundesfamilienministerium das erfolgreiche Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ auslaufen lässt. „Die Leidtragenden sind unsere Kinder und die engagierten Erzieherinnen und Erzieher“ bedauert der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Calderone.

Zwar hat der Bund das Ende des Programms um ein halbes Jahr verschoben, aber im Sommer 2023 zieht er sich aus der Finanzierung endgültig zurück. Das bedeutet faktisch das Aus für 7.500 Fachkräfte an nahezu 7.000 Kitas bundesweit.

Die Niedersächsische Kultusministerin hat am 14.11.2022 in einer Pressemitteilung erklärt, dass das Land Niedersachsen dafür Sorge tragen werde, dass die „Sprach-Kitas“ auch über den kommenden Sommer hinaus weiterfinanziert werden und diese wichtige Säule der frühkindlichen Sprachförderung erhalten bleiben werde.

Dazu der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Calderone: „Die Kultusministerin muss jetzt schnellstens liefern und eine solide, landesseitige Dauerfinanzierung des Programms mit ihrem grünen Parteifreund, dem niedersächsischen Finanzminister, auf den Weg bringen. Wir werden im Rahmen der zu führenden Haushaltsberatungen genau darauf achten, ob die Grünen hier ihre Versprechen halten, oder nicht. Den Worten müssen Taten folgen.“

Aus diesem Grund hat die CDU-Landtagsfraktion einen Entschließungsantrag in der aktuellen Sitzung des Niedersächsischen Landtages einge-

bracht, der sich u.a. für eine Anschlussfinanzierung des „Sprach-Kita-Programms“ ausspricht, von der auch die 25 Sprach-Kita in Calderones Landtagswahlkreis in Bersenbrück, Quakenbrück, Fürstenau, Ankum, Gehrde, Alfhausen, Nortrup, Menslage, Badbergen, Neuenkirchen und Damme profitieren. „Dort wird sehr gute Arbeit geleistet, es kann nicht sein, dass diese so einfach eingestampft wird“, so das Mitglied des Landtags.

„Die Kultusministerin hat in der letzten Sitzung des Kultusausschusses für einen konstruktiven Umgang zwischen Regierung und Opposition geworben. Dem verschließen wir uns nicht. Im Gegenteil, mit unserem Antrag zum Erhalt der Sprach-Kitas, unterstützen wir das Bemühen der Ministerin und nehmen sie gleichzeitig in die Pflicht. So geht konstruktive Opposition. Deshalb erwarten wir auch, dass sich die rot-grüne Landesregierung unseren Forderungen anschließt“, so Calderone abschließend.

Foto: CDU Deutschland, Dominik Butzmann

Christian Calderone: Förderschule „Lernen“ muss erhalten werden

„Eltern, Schüler und Lehrer zeigen es immer wieder auf: Die Förderschule Lernen erfüllt eine wichtige Funktion in der Bildungslandschaft in unseren Städten und Gemeinden! Deshalb will ich die beste individuelle Förderung für alle Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen weiter gewährleisten und die Wahlfreiheit der Eltern erhalten. Unser Ziel als CDU-Fraktion ist es daher, diese Förderschulen zu erhalten und zu inklusiven Kompetenzzentren weiterzuentwickeln, welche die Inklusion an benachbarten anderen Schulformen unterstützen und so ein gutes Miteinander aller Schulformen gewährleisten“, erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Calderone.

Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen unterstützen und fördern Schülerinnen und Schüler, die den Lern- und Schulalltag im inklusiven System nicht problemlos und angstfrei bewältigen können. Insbesondere die kleinen Klassenverbände sowie die persönlichen Förderangebote durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen ermöglichen es, auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder einzugehen und diese gezielt zu fördern. Somit stellen die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen eine wichtige Säule der niedersächsischen Schullandschaft dar. Die CDU-Fraktion wird daher in dieser Woche im Landtag einen Ge-

setzentwurf zum Fortbestand der Förderschulen im Förderschwerpunkt Lernen einbringen, um diese als reguläre Schulformen mit Bestandsschutz im Niedersächsischen Schulgesetz abzusichern sowie Neugründungen zuzulassen.

„Für mich steht fest, dass Inklusion nur ohne Ideologie gelingen kann. Das Rot-Grün die Förderschulen Lernen abschaffen will, ist mit uns nicht zu machen. Daher stehe ich zum einen für den Erhalt und den Ausbau der Förderschulen in Niedersachsen, zum anderen aber auch für die Verbesserung der derzeit existierenden inklusiven Schule. Denn dort ist den letzten Jahren einiges versäumt worden. Es braucht insbesondere deutlich mehr Förderschullehrkräfte und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um den Schülerinnen und Schülern dort wirklich gerecht werden zu können“, so Calderone.

Foto: Markus Schwarze



Calderone: Kinder wirksam vor Missbrauch im Internet schützen – Landesregierung muss dringlich eine einheitliche Haltung entwickeln



der Verfolgung von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie im Internet verlangt eines entschlossenen Handelns der Landesregierung und nicht zwei SPD-Ministerien, die offensichtlich in unterschiedliche Richtungen laufen“, so Calderone. Und dies bei einer Debatte, die bereits seit Jahrzehnten andauere.

„Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem Urteil im September festgestellt, unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen eine Vorratsdatenspeicherung möglich ist und somit zur Bekämpfung schwerster Kriminalität wie z.B. Kindesmissbrauch einen entscheidenden Beitrag leisten kann“, erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Christian Calderone.

Während Kriminalstatistiken dramatisch steigende Straftaten im Bereich des sexuellen Missbrauchs aufzeigten, sei die Landesregierung dazu nur eingeschränkt sprechfähig: Der Innenminister vertrete die Auffassung der CDU, den durch das Urteil des EuGH aufgezeigten Rechtsrahmen auszuschöpfen, die ebenfalls der SPD angehörende Justizministerin sei aber für das weniger wirksame sog. Quick-Freeze-Verfahren, welches auch vom Bundesjustizminister vertreten wird. „Dieses wichtige Thema

„Aktuell ist der Staat im Bereich der Internetkriminalität nur eingeschränkt handlungsfähig. Wir als CDU-Fraktion möchten dies ändern und den Ermittlungsbehörden mit der Vorratsdatenspeicherung auf Grundlage der EuGH-Rechtsprechung ein Instrument an die Hand geben, womit sie eine Chance haben, schwerste Straftaten aufzuklären“, so Calderone.

„Mit dem heute eingebrachten Entschließungsantrag geben wir der Landesregierung die Möglichkeit den Bund zu bewegen, endlich eine rechtssichere Vorratsdatenspeicherung einzuführen, damit sich die Menschen ein Stück weit sicherer fühlen können vor einer der widerlichsten strafrechtlich relevanten Handlung, dem sexuellen Missbrauch von Jungen und Mädchen“, so der Abgeordnete.

Foto: Christiane Lang

Calderone: Legalisierung des Containers nur Scheinlösung

„Zu der Forderung der Bundesminister Buschmann (Justiz) und Özdemir (Ernährung), die Mitnahme von Essen aus Abfallcontainern und Mülltonnen (das sogenannte „Containern“) durch eine Änderung der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren zu legalisieren, erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Christian Calderone: „Es ist zwar absolut richtig, den Kampf gegen die Verschwendung von noch genießbaren Lebensmitteln weiter zu intensivieren und dafür zu sorgen, dass insgesamt deutlich weniger Lebensmittel weggeworfen werden. Nach unserer Überzeugung kann dieses Ziel aber nicht durch eine Änderung im Strafrecht und eine Legalisierung des Containers erfolgen. Eine Strafbefreiung wird weder einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung leisten, noch wird dadurch Armut verringert. Es handelt sich dabei

nur um eine Scheinlösung.“

Der CDU-Politiker weiter: „Richtig wäre es, dafür zu sorgen, dass die betroffenen Lebensmittel überhaupt gar nicht erst in Containern oder Tonnen landen, sondern von den Großhandelsketten im Regelfall an Wohltätigkeitsorganisationen weitergegeben werden können. Der Beschluss der Justizministerkonferenz aus dem Jahr 2019, der die Bundesregierung auffordert, alternative Abgabeformen von Lebensmitteln zu entwickeln, die es insbesondere großen Lebensmittelanbietern ermöglichen, Lebensmittel freiwillig und ohne Nachteile an Dritte, etwa die Tafeln für Bedürftige, abzugeben, muss von der Bundesregierung nun endlich umgesetzt werden. Statt zu handeln, verliert sich die Ampel im Bund in Diskussionen der Vergangenheit.“

Calderone: Vorschlag der Justizministerin greift zu kurz: Verfassungstreueprüfung muss für alle Neueinstellungen in den Richterdienst kommen

„Gegenwärtig ist der Extremismus eine der zentralen Herausforderung für alle Sicherheitsbehörden in Niedersachsen. Wir sehen dabei neben religiös motiviertem Extremismus auch solche Personen, die insbesondere rechts- oder auch linksextremistischen Ideologien folgen. Nicht zuletzt zeigen die von der Generalbundesanwaltschaft veranlassten Durchsuchungen und Festnahmen in der Reichsbürgerszene, wie gefährlich diese Gruppierungen für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung sind. Wir brauchen deshalb auch bei Einstellungen in den Richterdienst eine umfassende Überprüfung der Verfassungstreue der Bewerberinnen und Bewerber für den höheren Justizdienst und nicht nur von neuen Schöffen“, fordert der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Christian Calderone.

Aktuell wird im Bewerbungsverfahren zur Begründung eines Richterverhältnisses auf Probe direkt eine umfassende Registerauskunft beim Bundeszentralregister angefordert. Mit den darin

erteilten Auskünften ist eine umfassende Prüfung auf Verfassungstreue aber nicht möglich. Eine extremistische Gesinnung einer Bewerberin oder eines Bewerbers muss nicht zwangsläufig bereits zu einer Verurteilung geführt haben.

„Wir sind in der CDU-Fraktion bei diesem Thema schon weiter als die Justizministerin und haben mit unserem Gesetzentwurf schnell reagiert. Denn Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sind als Teil der unabhängigen dritten Gewalt ein maßgeblicher Eckpfeiler in unserem demokratischen Rechtsstaat. Nur Angehörige der Justiz, die sich eindeutig zu den Werten des Grundgesetzes bekennen, können dieses gegen seine Gegner schützen. Es ist daher für eine wehrhafte Demokratie von besonderer Bedeutung, dass Extremisten, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, keine Möglichkeit erhalten, im Rahmen einer Amtsausübung im Richterdienst ihr extremistisches Gedankengut einfließen zu lassen“, erklärt Calderone abschließend.

Calderone, Hermann und Hüttemeyer: Sind die Wünsche der Justizministerin auch die Wünsche des Finanzministers?

„Die niedersächsische Justizministerin forderte jüngst in einem Interview 280 zusätzliche Stellen für die Justiz und weiß anscheinend nicht, wie sie finanziert werden sollen. Wir haben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass die Justizministerin den Finanzminister und den Landtag öffentlich darüber informiert, dass sie dafür Geld benötigt“, erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Christian Calderone. „Wir wollen detailliert wissen, wie sich die Justizministerin die Aufstockung vorstellt. Es ist schon interessant, dass sich die Mitglieder der Landesregierung ihre finanziellen Forderungen offenbar mittels öffentlicher Erklärungen zukommen lassen“, fährt Calderone fort.

„Für die CDU stellen sich dabei zahlreiche Fragen. Wir wollen wissen, ob diese Wünsche bereits innerhalb der Landesregierung und insbesondere mit dem grünen Finanzminister abgestimmt sind und

wie und zu wann die Finanzierung erfolgen soll“, sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin, Carina Hermann. „Angeblich könne die Justiz nach Aussage der Justizministerin nur noch „qualitativ gute und zügige“ Urteile fällen, wenn mehr Personal zur Verfügung steht. Die Ministerin stellt der Justiz in Niedersachsen damit leider ein schlechtes Zeugnis aus. Ich teile diese Einschätzung – gerade als ehemalige Richterin – ausdrücklich nicht“, so Hermann weiter.

Auch der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Justizvollzug und Straffälligenhilfe André Hüttemeyer sieht noch Aufklärungsbedarf: „Wir wollen wissen, ob auch der so wichtige Bereich des Justizvollzugs von den 180 Stellen profitieren soll. Oder hat die Ministerin diesen sensiblen Kernbereich der Justiz etwa vergessen? Hier muss die Justizministerin zügig Antworten liefern.“

Calderone: Spricht die Justizministerin der Ampel im Bund die Handlungsfähigkeit ab?

„Die niedersächsische Justizministerin forderte „Die niedersächsische Justizministerin kündigte jüngst an, dass in ihrem Ministerium bereits an den Eckpunkten für ein Bundesgesetz gegen Hass und Hetze im Internet (Gesetz gegen digitale Gewalt) gearbeitet werde, welches dann auf Bundesebene eingebracht werden solle. Vor dem Hintergrund, dass die Ampel im Bund dieses Vorhaben sowohl in ihrem Koalitionsvertrag als auch in der im August 2022 vorgestellten Digitalstrategie beschlossen hat, irritiert es doch sehr, dass ein Landesministerium nun gleichzeitig an einem entsprechenden Bundesgesetz arbeitet. Dazu werden wir eine Kleine Anfrage an die Landesregierung stellen“ so der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Christian Calderone.

„Auch wir sind der Überzeugung, dass die Bekämpfung

von digitaler Gewalt eine zentrale Herausforderung von Politik und Gesellschaft im Internet-Zeitalter darstellt. Für die Erarbeitung eines Bundesgesetzes nun aber den niedersächsischen Verwaltungsapparat in Anspruch zu nehmen, obwohl die SPD-Bundesregierung bereits angekündigt hat, ein entsprechendes Gesetz vorzulegen, ist für die CDU-Fraktion so nicht nachvollziehbar und stellt aus unserer Sicht eine Verschwendung von Ressourcen im Justizministerium und damit von niedersächsischen Steuergeldern dar,“ kritisiert Calderone die Ankündigungen der Justizministerin. „Mit diesem Vorgehen unterstreicht die Justizministerin, dass sie der von ihrer Partei angeführten Bundesregierung nicht vertraut und spricht ihr damit auch die Handlungsfähigkeit ab,“ stellt Calderone abschließend fest.

Austauschtreffen mit André Hüttemeyer und Christian Calderone

Die beiden Landtagsabgeordneten André Hüttemeyer und Christian Calderone waren vor kurzem zu einem Antrittsbesuch und Austauschtreffen mit Landrat Tobias Gerdesmeyer im Kreishaus Vechta. Dabei ging es unter anderem um den Ausbau Erneuerbarer Energien, insbesondere der Windenergie. Das Land Niedersachsen hatte Anfang Februar die neuen Flächenziele für die Landkreise bekannt gegeben. So muss der Landkreis bis Ende des Jahres 2026 0,99 Prozent seiner Fläche für Windenergieanlagen vorhalten. Aber auch die Fortführung der Buslinie 585 von Damme nach Osnabrück war Thema, ebenso wie die Förderung und der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs durch das Land.

Zudem ging es um die Zukunft der Krankenhäuser im Landkreis Vechta. Hier erklärte Gerdesmeyer: „Notwendig ist eine Landesförderung für das zukünftige gemeinsame Krankenhaus Vechta/Lohne sowie für das Krankenhaus Damme. Gleiches gilt aber auch für die gute und langfristige Nachnutzung des Lohner Krankenhauses als regionales Gesundheitszentrum, unter anderem für ambulantes Operationen und für Rehabilitation.“

Landrat Gerdesmeyer wird sich zukünftig mit beiden Landtagsabgeordneten regelmäßig zu einem vertrauensvollen Austausch treffen.

Bildunterschrift (v.l.n.r): Christian Calderone (Mitglied des Landtages), Landrat Tobias Gerdesmeyer und André Hüttemeyer (Mitglied des Landtages). Foto: Landkreis Vechta/Dorgelo



Wahlpflichtkurs Politik – Oberschüler aus Jade besuchen Landtag in Hannover- Schüler der 8. Klasse der Europaschule Oberschule Jade haben eine Landtagsführung erhalten

Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse der Europaschule Oberschule Jade haben jetzt eine Landtagsführung in Hannover erhalten. Sie besuchen den Wahlpflichtkurs Politik an der Oberschule. Nach der Begrüßung erhielt die Gruppe einen Einblick in die Arbeit und Aufgaben der Parlamentarier. So wurden beispielsweise der Ablauf von Wahlen und der Haushalt näher erläutert. Des Weiteren wurde sowohl über die Sitzverteilung der Fraktionen innerhalb des Landtages als auch über die Sitzordnung im Plenarsaal gesprochen.

Anschließend hatten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, im Plenarsaal eine Plenarsitzung von der Tribüne aus mitzuverfolgen. Zum Ab-

schluss stellten sich die Abgeordneten Sina Maria Beckmann (Bündnis 90/Die Grünen), Christian Calderone (CDU), Katharina Jensen (CDU), Olaf Lies (SPD) und Thorsten Moriß (AfD) den Fragen der Schülerinnen und Schüler.

Bildunterschrift: Im Landtag (von links): Sebastian Wosnitza (Schulleiter Oberschule Jade), Schülerinnen und Schüler des WPK Politik der Oberschule Jade, Katharina Jensen (CDU), My Dung Le (Schulpraktikantin Oberschule Jade) sowie Christian Calderone (CDU).

Quelle: https://www.nwzonline.de/wesermarsch/europaschule-oberschule-jade-zu-gast-im-landtag-hannover_a_4,0,133384856.html



Grünkohlessen 2023 CDU Ortsverband Alfhausen

Am 09. Februar 2023 folgten fast 50 Gäste der Einladung des CDU Ortsverbandes Alfhausen zum traditionellen Grünkohlessen in das örtliche Hotel Sauerland. Der Vorsitzende des Ortsverbandes Stefan Uphaus zeigte sich im Rahmen seiner Begrüßung erfreut über die hohe Teilnehmerzahl. Er betonte, dass neben den CDU-Mitgliedern auch eine Vielzahl weiterer interessierter Mitbürger/innen gern gesehene und willkommene Gäste waren.

Zu Beginn der Veranstaltung gab die amtierende Bürgermeisterin Agnes Droste einen kurzen Rück- bzw. Ausblick auf Projekte innerhalb der Gemeinde Alfhausen. Exemplarisch genannt seien hier die Fernwärmeversorgung, der Hochwasserschutz und die Erschließung von Neubaugebieten.

Der diesjährige Ehrengast und Landtagsabgeordnete Christian Calderone gab im Anschluss daran einen kurzen Einblick in die aktuelle Landespolitik. Gegenstand seiner weiteren Ausführungen waren insbesondere Themen, die aktuell die Menschen in der Samtgemeinde Bersenbrück bewegen. Stefan Uphaus betonte in diesem Zusammenhang, dass es von enormer Relevanz sei, den ländlichen Raum zu stärken und auch zukünftig zu fördern. Der Grundsatz „Ankoppeln statt Abhängen“, müsse gelebt werden.

Ein Highlight des Abends war die Ehrung der anwesenden Jubilare.

Ratsfrau Eva Kleine-Starmann und Bürgermeisterin Agnes Droste hielten die Laudatio. Geehrt wurde Klaus-Gerd Kuper für seine 25-jährige Mitgliedschaft und Karl-Heinz Greve, der seit 50 Jahren der CDU angehört. Übereicht wurden hierbei Ehrenurkunden/-nadeln und weitere Präsente.

Nach einem leckeren Grünkohlessen folgte ein weiterer Höhepunkt. Andreas Terheide leitete einen Knobelwettbewerb, um den/die Grünkohlkönig/in zu ermitteln. Erstmals setzte sich hierbei in einem spannenden Wettbewerb keine Einzelperson, sondern ein Paar im Kampf um die Krone durch. Ulrike und Ernst Meyermann errangen die Königswürde und bildeten erstmalig ein Grünkohlkönigspaar.

Der rundum gelungene Abend klang bei geselligem Beisammensein aus.



„Schülerinnen und Schüler begleiten Abgeordnete“ – MdL Calderone lädt zur Hospitation ein

Seit 1998 führt der Niedersächsische Landtag im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit das Hospitationsprogramm „Schülerinnen und Schüler begleiten Abgeordnete“ durch. Der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Calderone beteiligt sich im aktuell beginnenden Schulhalbjahr erneut daran und bietet Jugendlichen aus seinem Wahlkreis an, ihn in der Ausübung des Mandates über die Schulter zu blicken.

Ziel des Programms ist es, Interessierten die Möglichkeit zu geben, Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages während eines maximal einwöchigen Zeitraums als Hospitantin beziehungsweise Hospitant zu begleiten und so deren Aktivitäten und Aufgaben in ihrer ganzen Besonderheit kennenzulernen. Aufgrund der Coronapandemie konnte die Aktion im letzten Schuljahr nur unter eingeschränkten Bedingungen durchgeführt werden, vorbehaltlich der Entwicklung des Infektionsgeschehens soll das Programm jetzt wieder stattfinden.

Calderone ist bereits rund 20 Mal von Jugendlichen im Rahmen einer Hospitationswoche begleitet worden und freut sich,

wenn auch im kommenden Schulhalbjahr rege von dem Angebot Gebrauch gemacht wird. „In der Zeit der Hospitation bekommen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen kleinen Eindruck von den Aufgaben eines Landtagspolitikers im Wahlkreis und im Landtag!“. Und gerade in einem flächenstarken Wahlkreis wie dem Wahlkreis 73 werde den Schülerinnen und Schülern deutlich, wie viele Themen die Landtagspolitik, aber auch die Kommunen beschäftigten.

Angesprochen sind Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen neun bis 13. Weitere Informationen zur Hospitation gibt es direkt bei Christian Calderone unter der Telefonnummer 05431-2260 oder per Mail post@calderone.de.



Die Kernthemen der Gesellschaft benennen – Mitgliederversammlung der Bohmter CDU

Die diesjährige Mitgliederversammlung des CDU-Gemeindeverbandes Bohmte sorgte für ein volles Haus im Hallenbad-Café „Poolsite Bistro“ in der Jahnstraße. Der Gemeindeverbandsvorsitzende Markus Kleinkauertz begrüßte die Mitglieder und Ehrengäste, wie den CDU-Kreisvorsitzenden Christian Calderone und den Co-Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion Johannes Eichholz sowie das Team vom Hallenbad-Café rund um Daniela und Serge, das mit einem Burgerbuffet für die entsprechende Bewirtung an diesem Abend sorgte.

In seinem Jahresbericht blickte Kleinkauertz auf ein besonders und arbeitsreiches Jahr zurück: „Das erste Mal stellten Bohmter einen Kandidaten für die Landtagswahl auf. Ein gutes Ergebnis war das Ziel – auch, wenn die Rahmenbedingungen nicht die besten waren.“ Er dankte allen Beteiligten und Mitwirkenden für die Unterstützung, auch wenn das Wahlergebnis nicht so verlief wie erhofft. Nun blicke man mit neuem Mut auf die bevorstehende Bürgermeisterwahl. Der Gemeindeverband bestehe aktuell aus 95 Mitgliedern und habe gerade wieder zwei neue Mitglieder dazugewonnen.

„Die CDU ist weiterhin die stärkste Fraktion im Rat der Gemeinde Bohmte, aber wenn die anderen Fraktionen und Gruppen sich zusammentun, wird es schwierig, die eigenen Ideen umzusetzen. Natürlich liegt uns eine gute Zusammenarbeit im Interesse der Gemeinde Bohmte am Herzen, aber wenn etwas nicht in die richtige Richtung läuft, dann machen wir uns auf jeden Fall bemerkbar!“

Bei den anstehenden Wahlen wurden dann Thomas Gramke, Tanja Fürst, Carolin Klevorn, Burkhard Holst, Markus Kleinkauertz, Mathias Westermeyer, Anne Paul und Franz-Josef Kampsen einstimmig zu den acht Delegierten für den Kreisparteitag ge-

wählt. Zu den stellvertretenden Delegierten wurden Martin Niermann, Jan Fröhling, Rainer Aschenbroich, Norbert Kroboth, Magnus Michael, Herbert Trentmann und Christoph Tieden gewählt.

Als Delegierter für den Kreisparteiausschuss wurde Norbert Kroboth sowie Carolin Klevorn als seine Stellvertreterin bestimmt. Jens Holger Frese und Burkhard Holst wurden zu Delegierten für den Bezirksparteitag gewählt. Als Delegierte zum Landesparteitag wurde Markus Kleinkauertz und stellvertretend, Jens Holger Frese gewählt.

Neben den Wahlen standen auch die Ehrungen langjähriger Mitglieder für die Jahre 2021 und 2022 auf der Tagesordnung. Für 25-jährige Mitgliedschaft wurden Marie Luise Wesselink, Karin Drees, Antonius Drees, Klaus Haselhorst, Juliane Hünefeld-Linkermann, Arnd Sehlmeier, Renate Bergmann und Manfred Storck ausgezeichnet.

Bodo Lübbert und Hans Brandt wurden für ihre 40-jährige Mitgliedschaft vom Vorsitzenden geehrt. Ein großer Dank ging an Bodo Lübbert, der selbst einmal Vorsitzender der CDU Bohmte war „und mit seinem Einsatz, seinen Kenntnissen sowie seinen Erfahrungen zu einem liebgewonnenen Kollegen wurde, auf den man nicht mehr verzichten möchte!“ Für sogar 50-jährige Mitgliedschaft wurden Dieter Spanger und Hermann Meyer ausgezeichnet.

Die beiden Ehrengäste Johannes Eichholz und Christian Calderone berichteten den CDU-Mitgliedern von ihrer Arbeit im Kreis- und Landtag. Christian Calderone dankte Markus Kleinkauertz für den vergangenen, gemeindeübergreifenden Wahlkampf und dafür, dass er die Gemeinden des Wahlkreises 75 wieder vereint hat.

Wieder aufgetaucht: Die Johanna-Glocke von St. Marien schlummerte Jahrzehnte im Lager der Firma Wacker – nun erhält die Stadt Quakenbrück sie zurück

Die Johanna-Glocke der Pfarrkirche St. Marien in Quakenbrück läutete von 1925 bis 1959 im Kirchturm der katholischen Kirche. Danach galt sie über viele Jahrzehnte als verschollen. Vor einigen Tagen tauchte sie dann wieder auf und soll in naher Zukunft eine neue Aufgabe erhalten.

Die in der auch heute noch existierenden Glockengießerei „Petit & Gebr. Edelbrock“ in Gescher in Westfalen gegossene Glocke war ausweislich der Inschrift auf der Glocke ein „Geschenk des Herrn Wilhelm Menke und seiner Ehefrau Anna, geb. Orthofer in Cincinnati und seiner Mutter Johanna, geb. Appelman in Quakenbrück“. Ebenfalls als Inschrift auf der Glocke zu finden ist die Jahresangabe „A 1925“.

„Die Firma Wacker schenkt die Glocke der Stadt Quakenbrück in Erinnerung an den verstorbenen Inhaber Wilhelm Wacker,“ sagte Betriebsleiter Uwe Meyerrenken im Beisein der Ratsmitglieder Detlef Bülow und Christian Calderone. Beide hatten sich dafür eingesetzt, die Glocke der Stadtgesellschaft wieder zur Verfügung zu stellen. Der Stadtrat hatte dazu in der Vergangenheit bereits einen Beschluss gefasst, dass im Bereich des zukünftigen Europa-Quartiers einen Glockenturm mit einer „Friedensglocke“ errichtet wird. Diese wird dann an besonderen „Friedenstagen“, wie dem „Internationalen Friedenstag“ oder dem „Tag der Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz“, läuten.

Die der Heiligen Johanna gewidmete Glocke – der Name findet sich auf dem oberen Glockenfries – ist damit eine Zeugin der „Weimarer Zeit“. Sie gehört zur zweiten Glockengeneration, die im Turm der katholischen Kirche läutete. Es war jenes, welches eben auf der Spende des Quakenbrücker Auswanderers Menke basierte, der 1907 in die USA emigrierte und es dort zu Wohlstand brachte. Die ersten Glocken, gegossen 1874, wurden am 28. Septem-

ber 1917 wieder aus dem Turm entfernt, um zur Herstellung von Kanonen im Rahmen des Ersten Weltkrieges verwendet zu werden. Das zweite Geläut der St.-Marien-Kirche bestand aus drei Glocken, die in dieser Kombination nur 15 Jahre läuten sollten – dann wurden die beiden größeren Glocken wiederum als „Materialspende“ für den Zweiten Weltkrieg entfernt. Zurück blieb nur die kleinste Glocke, eben jene der Heiligen Johanna, die nun wieder auftauchte und rund 800 kg wiegt. Sie sollte immerhin bis 1959, als dann die dritte Glockengarnitur des letzten Jahrhunderts in den Turm von St. Marien eingebaut wurde, ihren Dienst tun.

Nach Aussage von Bülow und Calderone ist die Glocke ein Zeugnis der unfriedlichen und kriegerischen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und eignet sich deshalb heute als mahnendes Zeugnis für den Frieden.

Bildunterschrift:

Vor-Ort-Termin in der westlichen Neustadt in Quakenbrück: im Beisein von Betriebsleiter, Uwe Meyerrenken begutachten, Detlef Bülow (links) und Christian Calderone (rechts) die Johanna-Glocke.



Unsere Städte und Gemeinden

eTwinning-Qualitätssiegel für die Hauptschule Damme CDU-Landtagsabgeordneter Calderone zum erfolgreichen Europaprojekt

„Wir sind Europa – Wir sind Freude“ – So der Titel des „eTwinning-Projektes“, an dem sich deutschlandweit neben vielen Schulen auch die Hauptschule Damme beteiligt hat. Als eine von 13 Schulen in Niedersachsen wurde sie für die Arbeit mit dem eTwinning-Qualitätssiegel ausgezeichnet.

Was bedeutet Europa für uns? Wie können wir Europa erleben? Um diese Fragen zu beantworten, beteiligte sich die Hauptschule Damme am Programm „eTwinning“, einem europäischen Netzwerk für Schulpartnerschaft, das im Rahmen des EU-Programms „Erasmus+“ gefördert wird. Die geschützte Plattform ist in 32 Sprachen nutzbar und bietet

viele Werkzeuge für die Onlinezusammenarbeit.

Über die Plattform initiierten die Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte einen Austausch mit Schulen in der Türkei, Italien, Frankreich, Spanien, Kroatien, Slowenien, Tschechien und Deutschland.

„Ein tolles Projekt, ich gratuliere den engagierten Mitwirkenden ganz herzlich zu dieser Anerkennung“, freut sich der CDU-Landtagsabgeordnete Christian Calderone. Es sei nicht selbstverständlich, dass der Blick „über den Tellerrand hinaus“ so nachhaltig gelebt werde, wie in diesem Beispiel.

Radweg am Fürstenauer Damm kommt – CDU-Kreistagsabgeordnete überbringen frohe Kunde

Schon 2022 war öffentlich zu lesen, dass der Landkreis Osnabrück dem Radwege-Lückenschluss an der K154 zwischen Merzen und Neuenkirchen oberste Priorität einräumt. Nun scheint die Umsetzung tatsächlich zu erfolgen, verkündeten der Landtagsabgeordnete Christian Calderone und sein Kreistagskollege Lutz Brinkmann aus Neuenkirchen.

Seit mehr als 20 Jahren setzen sich Bürger, Politiker und die Verwaltung der Samtgemeinde Neuenkirchen für eine sichere Verbindung für Radfahrende zwischen den beiden Orten ein. Das 2,5 Kilometer lange Teilstück würde mit dem Radweg deutlich attraktiver für Radfahrer.

Dieser Lückenschluss bedeutet für die Samtgemeinde Neuenkirchen das Herstellen sicherer Schul- und Verkehrswege. Zusätzlich ist die Erschließung und der Ausbau der regionalen Infrastruktur mit Radwegen ein Beitrag zur Weiterent-

wicklung des ländlichen Tourismus und steht für ein Verbinden der drei Einheitsgemeinden.

Bildunterschrift:

Freude in der Samtgemeinde Neuenkirchen: Politik, Bürger und Vertreter des Schützenvereines Südmerzen freuen sich über den anstehenden Bau des Radweges an der K154.



Facebook, Instagram & Co.



christian.calderone.mdl

Ankum

...



christian.calderone.mdl Wir brauchen ein Moratorium und einen breiten Dialog aller Beteiligten hinsichtlich der zukünftige Nutzung und des Erhalts der Marienhospital Ankum-Bersenbrück GmbH!

Darüber bin ich mit dem Vorsitzenden der Ärztekammer, Bezirksstelle Osnabrück, Dr. Steffen Grüner, einig: Die Haltung der Ärztekammer, dass das Ankumer Krankenhaus als notwendige Einrichtung für die medizinische Versorgung der Region erhalten werden muss, bestärkt mich darin, dass ein Regionales Gesundheitszentrum hier kein adäquater Ersatz sein kann! Danke für diese klare Haltung an die medizinischen Fachleute der Ärztekammer, die die Thematik sicherlich viel besser beurteilen können als ich.

Wir brauchen in der Altkreismitte ein Krankenhaus!



christian.calderone.mdl

Niedersächsischer Landtag

...



christian.calderone.mdl Rede fertig!

1 Tag

Facebook, Instagram & Co.



christian.calderone.mdl
Niedersächsischer Landtag

...



christian.calderone.mdl ...und dann war da noch eine große Besuchergruppe aus der neunten Jahrgangsstufe der IGS Fürstenau!

Die sehr fragenreiche und thematisch breite Diskussion am Rande des Plenums in dieser Woche hat viel Spaß gemacht!



christian.calderone.mdl
Niedersächsischer Landtag

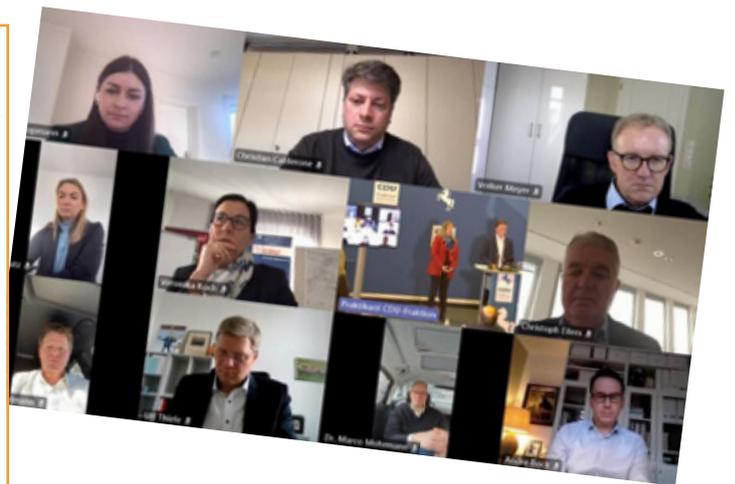
...



christian.calderone.mdl Heute zieht die [@cdu.fraktion.nds](#) ihre Bilanz der ersten 100 Tage der Landesregierung vor der Landespressekonferenz. Der Fraktionsvorstand ist via Videokonferenz dabei!

100 Tage sind nicht viel und schon gar keine ganze Legislatur, trotzdem werden die Herausforderungen größer – Unterrichtsversorgung, Personalmangel in anderen Bereichen der Landesverwaltung, nicht ausgezahlte Landeshilfe zur Energiepreissteigerung, Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben...

Und richtig verstehen, auch in den vergangenen Jahren sind die Probleme größer geworden und auch in den vergangenen Jahren fehlte mir – insbesondere auf Bundesebene – der Wille zur Reform. Aber jedes Jahr, jede 100 Tage ohne diesen Willen, schaden unserer Zukunft...



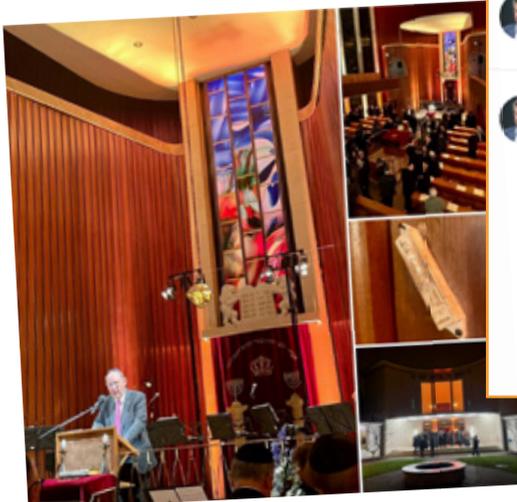
christian.calderone.mdl
Synagoge Hannover

...



christian.calderone.mdl Gestern, am Vorabend des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, hat der „Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen“ in die hannoversche Synagoge zur Gedenkstunde eingeladen.

Auch im 78. Jahr der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz bleiben die Verbrechen unfassbar und unbegreifbar. Und es bleibt für unsere heutige Gesellschaft die Aufgabe, in Demut zu erinnern, nicht zu vergessen und an einem guten Deutschland zu arbeiten.



Facebook, Instagram & Co.



 **christian.calderone.mdl**
Hannover

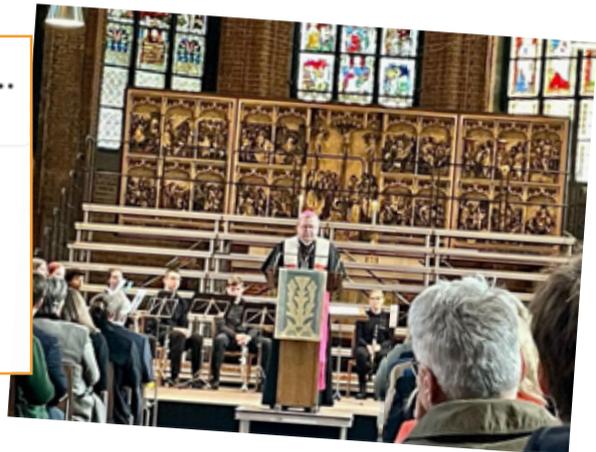
 **christian.calderone.mdl** Gestern erste Sitzung der neuen @cdu.fraktion.nds im @landtag_nds.

Herzlichen Glückwunsch an meinen Freund @sebastian.lechner.mdl zur überzeugenden Wahl zum neuen Fraktionsvorsitzenden - gut 91 % sind ein guter Start in einen neuen Anfang nach der verlorenen Landtagswahl!

Dank an @althusmann für einen äußerst engagierten Wahlkampf und auch für die Unterstützung im Rahmen dreier Besuche im Wahlkreis 73 Bersenbrück!

 **christian.calderone.mdl**
Marktkirche

 **christian.calderone.mdl** „Der Staat ruht auf Voraussetzungen, die er sich nicht selbst geben kann“ - Ökumenischer Gottesdienst zum Beginn der neuen niedersächsischen Legislatur und vor der Konstituierung des neuen @landtag_nds der 19. Wahlperiode!



 **christian.calderone.mdl**
Niedersächsischer Landtag

 **christian.calderone.mdl** Der @landtag_nds hat sich konstituiert! Ein freudiges Ereignis der Demokratie in unserem Bundesland!

Ich freue mich auf meine dritte Amtszeit in diesem „Hohen Haus“.

In die Freude mischt sich die Sorge um die Zukunft des Medizinstandortes Anklam, nachdem der Krankenhauskonzern gestern die Umwandlung des Krankenhausstandortes in ein „Regionales Gesundheitszentrum“ angekündigt hat. Mein Statement dazu folgt heute auf diesem Kanal!

Facebook, Instagram & Co.



christian.calderone.mdl
Marktplatz Quakenbrück



christian.calderone.mdl Öffentlicher Quartalsappell des Bundeswehr VIZ Quakenbrück auf dem Marktplatz Quakenbrück mit Verabschiedung von Stabsfeldwebel Martin Mellentin. Vielen Dank für Dein Engagement für den Standort Quakenbrück, die gute Zusammenarbeit und die Verankerung der Bundeswehr in der Stadtgesellschaft.

Denn die Bundeswehr darf sichtbar sein in der Öffentlichkeit und in der Gesellschaft. Ich hoffe, dass künftigen jährlich ein Appell auf dem Quakenbrücker Marktplatz wird stattfinden können.



christian.calderone.mdl
Jordanien



christian.calderone.mdl Amman, Jubeiha, Madaba, Smakieh, Petra... - einmal kirchlich und touristisch durch einen Teil Jordaniens.



christian.calderone.mdl
Niedersächsischer Landtag



christian.calderone.mdl Keine Einsicht bei Rot/Grün: Die Koalition hält an der Abschaffung des Förderschwerpunktes Lernen der Förderschulen fest.

Das ist schlecht für die Wahlfreiheit von Schülern und Eltern. Das ist schlecht für eine sich an den individuellen Talenten der Schüler orientierende Beschulung und Förderung. Und das ist schlecht für all jene Schüler, die das besondere Lernumfeld der Förderschulen auch bei einer Lernschwäche benötigen - nicht als Pflicht oder Zwang, sondern als Alternative.

Ein hervorragendes System der Lernförderung, welches im Übrigen stark gefordert wird von der Mehrheit der Sonderpädagogen und der Kreis- und Stadtteilernräte, wird damit ohne Not beendet.

Schlecht für unser Bundesland!

„
Ein schlechter Tag für Niedersachsens Schülerinnen und Schüler:
Die rot-grüne Koalition schafft die Förderschule Lernen ab!
“
Christian Calderone, MdB

Facebook, Instagram & Co.



christian.calderone.mdl
Niedersächsischer Landtag



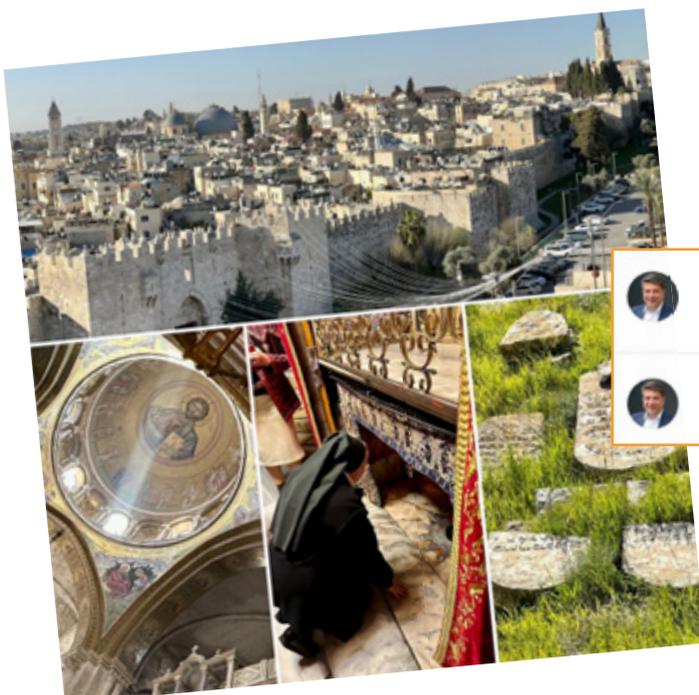
christian.calderone.mdl Auf geht's in den zweiten Plenartag des @landtag_nds - heute mit einem Rückblick in den gestrigen Abend.

Da haben sich nämlich Vertreter der @cdu.fraktion.nds getroffen mit Vertretern der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und des „World Uyghur Congress“, um über die Situation der Uiguren in der Volksrepublik China zu sprechen.

Hingewiesen wurde insbesondere auf das Engagement von Volkswagen in einem menschenrechtlich katastrophalen Umfeld in der Region Ostturkestan/Xinjiang. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages formuliert dazu:

„Auch wenn deutsche Wirtschaftsunternehmen mit Niederlassungen in Xinjiang selbst keine uigurischen Zwangsarbeiter beschäftigen, können sie gleichwohl von günstigen Marktkonditionen profitieren, die kausal im Zusammenhang mit der staatlichen Unterdrückung der Uiguren stehen und über Lieferketten chinesischer Zulieferunternehmen vermittelt werden. Durch Aufrechterhaltung von Geschäftsbeziehungen mit (staatlichen) Zulieferbetrieben vor Ort, deren Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen und/oder Völkerstraftaten (z.B. Ausbeutung durch Zwangsarbeit) nicht ausgeschlossen werden kann, verletzen deutsche Unternehmen Sorgfaltspflichten, die auf menschenrechtskonformes Verhalten innerhalb der gesamten Lieferkette gerichtet sind“.

(<https://www.bundestag.de/resource/blob/842080/36cc7059f4d20a03e609de00eabce4d/WD-2-027-21-pdf-data.pdf>)



christian.calderone.mdl
Israel

...



christian.calderone.mdl Vorösterlich im Heiligen Land - einige Impressionen...

Facebook, Instagram & Co.



christian.calderone.mdl
Quakenbrück



christian.calderone.mdl Wie die Zeit vergeht...

Auf der heutige Mitgliederversammlung der @cdu_quakenbrueck im Hermann-Bonnus-Geburtsaus bin ich für 25-jährige Mitgliedschaft in der CDU geehrt worden. Es kam mir viel kürzer vor. Vielen Dank!

Gratulation an alle Gewählten, insbesondere an @kevin_podeszwa_ zur erneuten Wahl zum Stadtverbandsvorsitzenden.



christian.calderone.mdl
Bramsche / Hesepe



christian.calderone.mdl Heute in Vertretung im Ausschuss für Inneres und Sport des Niedersächsischen Landtages im „Ankunftszentrum Hesepe“ der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen.

Respekt für die Arbeit der Mitarbeiter in einer unübersichtlichen, schnell veränderlichen und dadurch herausfordernden Migrationssituation...



christian.calderone.mdl
Kopenhagen



christian.calderone.mdl Immer eine Reise wert...

Heute geht's allerdings schon wieder zurück. Ich bin immer wieder stark beeindruckt, wie Kopenhagen wichtige urbane Themen - die harmonische Verknüpfung von Alt- und Neubau, die ökologische Stadtgestaltung mit Entsiegelung und Dachbegrünung sowie einen Vorrang für den Radverkehr - konsequent umsetzt!



Facebook, Instagram & Co.



christian.calderone.mdl
Quakenbrück



christian.calderone.mdl Wie zukunftsfähig ist das Hallen- und Freibad in Quakenbrück?

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, hat sich heute die CDU-Stadtratsfraktion das Bad in @quakenbrueck angeschaut und sich ein Bild von der Substanz gemacht. Hierbei haben wir festgestellt, dass es in vielen Bereichen akuten Handlungsbedarf gibt und wir uns ein zukunftsorientiertes Konzept überlegen müssen.

Die Zuständigkeit für die Artländer Bäder in Quakenbrück und Nortrup liegt zwar bei der Samtgemeinde, jedoch wollen wir uns auch im Stadtrat mit dem Thema beschäftigen und konstruktive Vorschläge erarbeiten.



christian.calderone.mdl
Quakenbrück



christian.calderone.mdl Gestern haben Mitglieder der Stadtratsfraktion der @cdu_quakenbrueck die Kleingartenanlage am Lönsweg in der Quakenbrücker Neustadt begangen.

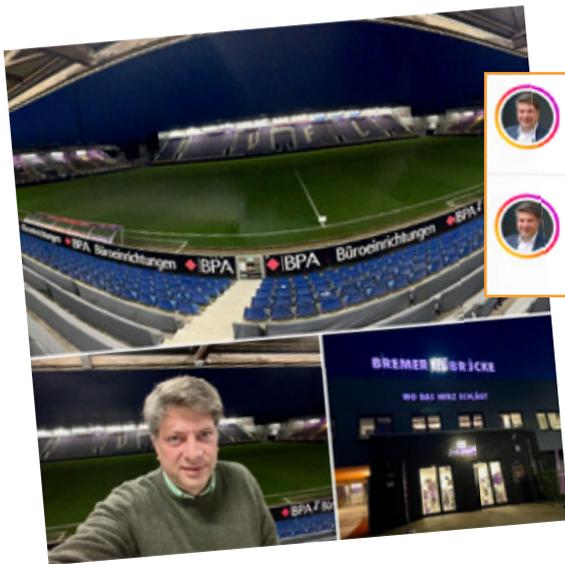
Aus unserer Sicht entspricht die Situation dort weiterhin nicht einem gepflegten und geordneten Standard. Vermüllung, Baracken aus Schrott, ungepflegte Parzellen kennzeichnen zumindest in Teilen die Situation. Direkt angrenzend an das Naherholungsgebiet Lönsweg ist das kein akzeptabler Zustand.

Das Thema ist schon alt, wir haben das mehrfach als CDU, aber auch fraktionsübergreifend in den Ratsgremien und gegenüber der Stadtverwaltung angesprochen. Eine positive Entwicklung ist kaum erkennbar.

Wir unternehmen deshalb noch einmal einen neuen Anlauf und haben heute unseren Stadtdirektor in der Sache mit einem Fragenkatalog angeschrieben. Grundsätzlich wollen wir den Bürgern ein solches Angebot, eine Kleingartenparzelle zum Anbau von Obst und Gemüse und zur Erholung anpachten zu können, anbieten. Aber diesen aktuellen Zustand braucht nicht nur niemand, er dient auch weder dem Anbau noch der Erholung. Sollte sich die Situation zeitnah nicht ändern, müssen wir über andere Nutzungen für den Bereich nachdenken.



Facebook, Instagram & Co.



christian.calderone.mdl
Stadion an der Bremer Brücke

...



christian.calderone.mdl ...war heute beim @vflosnabruock und hat sich mit der @cdu.fraktion.lkos über die Arbeit des Nachwuchsleistungszentrums informiert.



christian.calderone.mdl
Ostercappeln

...



christian.calderone.mdl Heute Morgen beim „Bezirksfeuerwehrverband ELBOS“ (Emsland, Bentheim, Osnabrück) in Ostercappeln.

Eingeladen waren alle Landtagsabgeordneten aus der Region – gekommen war nur die CDU...

Und auch hier haben die Feuerwehrverbände deutlich gemacht, es muss sich etwas tun an der Unterstützung des Ehrenamtes. Dies betrifft insbesondere die Ausbildungskapazitäten in Loy und das Verfahren hin zu einem neuen Brandschutzgesetz mit damit verbundenen Erlassen und Verordnungen...

Ich werde dran bleiben!



christian.calderone.mdl
Quakenbrück

...



christian.calderone.mdl Seit 25 Jahren bereits dabei - vielen Dank an meine Kolpingsfamilie St. Marien Quakenbrück für die freundliche Ehrung.

Und auch wenn ich heute viele Dinge in der Kirche kritischer sehe als vor 25 Jahren, der Gedanke Adolph Kolpings, junge Menschen zu unterstützen und sie in den verschiedenen Bereichen ihres Lebens in Familie, Beruf und Gesellschaft zu begleiten, ist nach wie vor aktuell. Aus christlicher Verantwortung Menschen zu einem selbstbestimmten und selbstreflektierten Leben zu ermutigen ist übrigens ein Gegenentwurf zur Staatsgläubigkeit heutiger Tage!



CDU

Fraktion
Niedersachsen

Kontakt:

Christian Calderone MdL
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

post@calderone.de
www.calderone.de



Christian Calderone



christian.calderone.mdl



YouTube Christian Calderone

